



Friedhelm Hengsbach SJ

Von der Arbeitsgesellschaft zur Bildungsrepublik – ein Paradigmenwechsel?

Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für
wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V.
am 18. September 2008 in Bochum

**Oswald von Nell-Breuning Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik**

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany
Tel. 0049 (0) 69-6061-369, Fax -559
eMail: nbi@sankt-georgen.de
web: www.sankt-georgen.de/nbi

Wenn ich die vergangenen drei Wochen des September 2008 Revue passieren lasse, drängen sich drei Themen in den Vordergrund: Erstens vermitteln die Turbulenzen in der Führung der SPD eine Vorahnung jener Spekulationen, welche Koalitionen nach dem Ende der Großen Koalition vorzugswürdig seien, und ob Schröders Agenda 2010 eine Episode von Fehlentscheidungen oder ein Jahrhundertwerk war. Zweitens profiliert sich die Kanzlerin innerhalb der Großen Koalition, indem sie vor dem Bildungsgipfel eine Bildungsreise inszeniert und eine „Bildungsrepublik Deutschland“ proklamiert. Drittens werden die tages- und innenpolitischen Querelen überschattet durch den „Schwarzen Montag“ an der New Yorker Aktienbörse. Der Fall der Lehman Brothers Bank am 15. September liegt gerade drei Tage zurück.

Diese Ereignisse einer Dreiwochenschau fließen in die folgenden Reflexionen ein. Ihre zwei Themen sind erstens die Krise der Arbeitsgesellschaft als eine Krise ihrer Deutung und zweitens die Bildungsrepublik als ein Bildungsregime mit bildungsfernen Optionen.

1 Die Krise der Arbeitsgesellschaft – eine Krise ihrer Deutung

In den vergangenen Jahren konnte man beobachten, dass sich jeweils dann, wenn die Zahl der Arbeitslosen eine neue Rekordhöhe erreicht, Unheilspropheten zu Wort melden, die ein Ende der Arbeitszeit ankündigen: Menschenleere Fabrikhallen, Arbeit, die billig wie Dreck wird, Sättigungsgrenzen des Konsums seien die Signale, dass die Vorahnung, die Hannah Arendt Anfang der 1950er Jahre ausgesprochen hatte, eingetreten ist: Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus. Was kann ihr Schlimmeres zustoßen? Welcher Politiker und welcher Moralist sollte sich nicht dagegen wehren? Der Arbeitsminister bläst zur Entwarnung, nachdem er zwei Jahre eines beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwungs erlebt hat, dass die Vollbeschäftigung in greifbare Nähe gerückt sei. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass unter den drei Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze, die in zwei Jahren entstanden sind, die Hälfte als atypisch gilt und nicht selten mit einem Lohn entgolten werden, der an der Armutsgrenze liegt. Klingen nicht den Menschen noch die leeren Versprechen der Bundeskanzler Kohl und Schröder im Ohr, dass sie in absehbarer Zeit die Zahl der Arbeitslosen halbieren würden? Trotz solcher Worthülsen wird im christlichen Milieu daran festgehalten, dass der Mensch zur Arbeit geboren sei wie der Vogel zum Fliegen (Martin Luther), oder dass die Arbeit eine grundlegende Dimension der menschlichen Existenz auf Erden sei, weil sie gesellschaftliche Anerkennung, persönliche Identität und wirtschaftlichen Wohlstand vermittele (Papst Johannes Paul II.).

Ich will im Folgenden vier beherrschende Deutungen der aktuellen Arbeitsgesellschaft und der Veränderungen, denen sie ausgesetzt ist, vorstellen und zugleich darlegen, wie sehr zutreffende Analysen und fragwürdige Deutungsmuster ineinander greifen.

1.1 Die technische Revolution

Die technikbasierte Produktivitätsentwicklung hat zweifellos die oft als bedrohlich angesehene demographische Veränderung relativiert. Diese wird nämlich meist durch zwei Komponenten veranschaulicht, die Zunahme der Lebenserwartung und die sinkende Geburtenrate. Tatsächlich hat sich die Lebenserwartung in den vergangenen hundert Jahren verdoppelt, während die Geburtenrate von 4,5 auf 1,3 gesunken ist. Eine Alarmstimmung angesichts dieser Veränderungen hat sich jedoch erst seit einigen Jahren verbreitet, als sich das Interesse bürgerlicher Eliten und privater Finanzunternehmen öffentlich artikulierte, die solidarischen umlagefinanzierten Sicherungssysteme durch eine private kapitalgedeckte Vorsorge abzulösen. Denn nicht der biologische Altersaufbau der Bevölkerung entscheidet über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft, sondern die ökonomischen Faktoren wie die Wachstumserwartungen, der Beschäftigungsgrad und die Produktivität. Während vor etwa 150 Jahren in Deutschland neun Bauern einen Nichtbauern mit ernähren mussten, kann heutzutage ein Bauer etwa 90 Nichtbauern miternähren. In der Automobilindustrie kann die Belegschaft innerhalb von zehn Jahren auf ein Drittel gesenkt werden, ohne dass die Zahl der Autos, die das Band verlassen, weniger würde. In der modernen Arbeitsgesellschaft kann die Frage der Verteilung von Arbeit und Einkommen auch nicht als Generationenkonflikt hochstilisiert werden. Denn ob eine mehr oder weniger große Zahl von Erwerbstätigen mit entsprechender Produktivität eine Menge von Gütern erarbeitet, die sowohl den eigenen Lebensunterhalt als auch den der nicht Erwerbstätigen sichern, ist eine Frage der Verteilung innerhalb derselben Generation. Die Frage, wie alt die Erwerbstätigen und die Nichterwerbstätigen jeweils sind, ist demgegenüber nachrangig.

Andererseits ist nicht zu bestreiten, dass die technische Entwicklung das menschliche Arbeitsvermögen entlastet und auch ersetzt. Die Deutung deutscher Wirtschaftswissenschaftler, dass überzogene Lohnforderungen die Arbeitgeber zwingen würden, Arbeitskräfte durch technische Anlagen abzulösen, ist unterkomplex, denn technische Neuerungen kommen auch dann zur Anwendung, wenn die abhängig Beschäftigten zu Lohnsenkungen bereit wären. Dies gilt insbesondere für die dritte Stufe der technischen Revolution, die nicht nur handwerkliche Fertigkeiten oder menschliche Muskelkraft bzw. Energie durch maschinelle Anlagen ersetzt, sondern bestimmte Formen der menschlichen Intelligenz. Dadurch ist ein beispielloser Produktivitätsschub zustande gekommen, der die Einsicht bestätigt, dass der industrielle Kapitalismus die Phase der Vollbeschäftigung nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer kurzzeitigen Episode werden lässt. Allerdings geht die moderne Arbeitsgesellschaft nicht mit der Zeit der industriellen Konsumgesellschaft zu Ende.

1.2 Die monetäre Revolution

Mit der Aufkündigung des Bretton-Woods-Währungssystems 1971/73, das mit festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen eine 30jährige Phase monetärer Stabilität ohne Finanzkrisen beendete, ist das Kursrisiko, das mit flexiblen Wechselkursen einhergeht, privatisiert worden. Die Folge waren eine weltweit rasante Explosion der

Finanzgeschäfte und Finanzinstitute, eine gigantische Umschichtung von Einkommen und Vermögen, heftige Kursausschläge und Kurssicherungsgeschäfte, Übertreibungen, Herdenverhalten, spekulative Attacken gegen abwertungsverdächtige Währungen, Kurseinbrüche, Banken- und Währungskrisen.

Die Funktion des Geldes hat sich in den wohlhabenden Gesellschaften verändert. Neben der Tauschmittelfunktion ist die Funktion eines Wertspeichers, also eines Vermögensgegenstands getreten. Als Teil eines Portfolios konkurriert das Geld mit anderen Vermögensarten, etwa Wertpapieren, Sachanlagen und Immobilien. Vermögenmärkte unterliegen anderen Steuerungsformen als Gütermärkte. Während Gütermärkte durch reale Knappheiten der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Technik und Boden oder der Kaufkraft begrenzt sind, werden die Preise der Vermögen, insbesondere der Geldvermögen durch subjektive Erwartungen gesteuert, die instabil sind und sich von der Realität ablösen. Sie werden zusätzlich befeuert durch das unbeschränkte Kreditschöpfungspotential der Banken.

Im angloamerikanischen Finanzkapitalismus werden die Unternehmen als Kapitalanlage der Anteilseigner begriffen. Sie werden vorrangig über die Wertpapiermärkte gesteuert, auf denen Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentgesellschaften operieren. Sie werden bewertet ausschließlich durch eine Finanzkennziffer, den „shareholder value“, der den Barwert zukünftiger Zahlungsströme bildet. Die Geschäftspolitik der Manager ist darauf ausgerichtet, diese Kennziffer zu maximieren und damit die Interessen der Anteilseigner zu bedienen. Dieser Finanzstil droht den kooperativen Rheinischen Kapitalismus zu verdrängen, den Michel Albert dadurch charakterisiert sieht, dass auf der gesellschaftlichen Ebene ein verständigungsorientiertes Zusammenspiel staatlicher Organe, mächtiger Wirtschafts- und Wohlfahrtsverbände sowie sozialer Bewegungen vorherrscht, im Unternehmen die Interessen der Belegschaften, Kapitaleigner und öffentlicher Einrichtungen zur Geltung kommen, die Kontrolle und Steuerung der Unternehmen über finanzielle und persönliche Beziehungen der Leitungs- und Kontrollgremien der Banken und Konzerne zustande kommt und die Absicherung gegen gesellschaftliche Risiken durch solidarische umlagefinanzierte Systeme gewährleistet wird. Die Verbreitung des Finanzkapitalismus hat eine erhebliche Machtverschiebung zur Folge. Die herausragende Position der Anteilseigner schwächt die Macht der abhängig Beschäftigten und der nationalen Regierungen.

1.3 Der Mikroblick

Die seit Mitte der 1970er Jahre verfestigte Massenarbeitslosigkeit in den reifen Industrieländern wird in der Öffentlichkeit auf individuelle Ursachen zurückgeführt. Die Arbeitslosen gelten als zu wenig motiviert oder zu wenig qualifiziert, um unter den vorherrschenden Bedingungen eine Arbeitsgelegenheit zu finden. Der Eintritt gesellschaftlicher Risiken wie Arbeitslosigkeit, berufliche Krankheiten, Altersarmut oder brüchige Partnerbeziehungen wird den Betroffenen als Folge eigenen Versagens oder Fehlverhaltens zugeschrieben.

Vergleichsweise ist die betriebswirtschaftliche Sichtweise in den Wirtschaftswissenschaften absolut beherrschend geworden. Was für das einzelne Unternehmen vorteilhaft ist, dient dem Wohl der Allgemeinheit. Dieser Sichtweise haben sich mittlerweile auch die Politiker angeschlossen, die eine Senkung der Löhne, der Sozialbeiträge und der Steuern als relevanten Beitrag zur Überwindung der Beschäftigungskrise ansehen.

Der Mikroblick auf die einzelnen Akteure und die Unternehmen wird auf die Märkte übertragen. Der Arbeitsmarkt (in der Einzahl, obwohl jährlich über 40 000 Tarifverträge abgeschlossen werden) ist die Stellgröße der Krisendiagnose wie auch der Krisenüberwindung. Die Einflüsse der Konjunktur, der Weltwirtschaft oder der Geldpolitik werden als nicht relevant angesehen. Eine inflationsstabile Unterbeschäftigung könne nicht anders als strukturell verursacht sein, nämlich durch die Verkrustungen und institutionellen Starrheiten des Arbeitsmarktes. Dies sind der Flächentarifvertrag, der Kündigungsschutz, die komfortablen Sozialleistungen, die eine Untergrenze der Tariflöhne bilden und ein Absinken des Marktlohns unter das Niveau der sozialen Sicherung verhindern. Eine Belebung der Arbeitsgesellschaft lasse sich allein durch flexible Tarifregelungen, eine Lockerung des Kündigungsschutzes, eine Spreizung der Löhne nach oben für die Wissensarbeiter und nach unten für die Geringqualifizierten sowie einen Niedriglohnsektor für einfache Dienste erreichen. Die nach solchen Konzepten beschlossenen Hartz-Gesetze waren nur sehr begrenzt erfolgreich. Sie haben indessen die Armutsrisiken, den gesellschaftlichen Ausschluss und prekäre Arbeitsverhältnisse massiv beschleunigt. Der Ausstieg zahlreicher Arbeitgeber aus der Tarifbindung hat dazu geführt, dass in Ostdeutschland nur für etwas mehr als die Hälfte, in Westdeutschland für etwa zwei Drittel der Beschäftigten Tarifverträge gelten.

1.4 Zerfaserner Sozialstaat

Die durch Industrialisierung und das Arbeiterproletariat geprägte Arbeitsgesellschaft hat den Sozialstaat und die Arbeiterbewegung als soziale Gegenmacht auf den Plan gerufen. Der Sozialstaat sah sich verpflichtet, als Hoheitsträger und Hüter des Gemeinwohls für die Zähmung der privaten Interessen und einen fairen Interessenausgleich zu sorgen. Er zog gegen die Vermarktung der Arbeit die Schranken der Tarifautonomie, des individuellen Arbeitsrechts und der solidarischen Sicherung ein, weil die Arbeit etwas Persönliches und etwas Notwendiges ist. Sie ist persönlich, weil derjenige der sein Arbeitsvermögen dem Arbeitgeber überlasst, von dem Arbeitsvermögen nicht getrennt werden kann. Folglich muss er sich, um sein Arbeitsvermögen rentabel zu verwerten, einem fremden Willen unterwerfen. Die Arbeit ist auch etwas Notwendiges, weil der Arbeitnehmer nicht eine Woche, einen Monat oder ein Jahr lang warten kann, bis er durch Arbeit seinen Lebensunterhalt verdient. Diese Funktion des Sozialstaats, die Interessen der abhängig Beschäftigten gegen Ausbeutung und Willkür zu schützen, wurde schrittweise zurückgenommen.

Ulrich Beck hat als ein besonderes Risiko moderner Gesellschaften die „Entgrenzung der Politik“ identifiziert. Der hoheitliche, dem Gemeinwohl verpflichtete Staat und seine Organe haben sich in eine Vielzahl politischer Akteure und ein

Verhandlungssystem ausdifferenziert. Das Netzwerk politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Eliten setzt sich aus mehreren Knoten zusammen, unter denen der Staat bloß einen, wenngleich gewichtigen Knoten darstellt. Wenn ein prominenter Bankenvertreter die Finanzmärkte als fünfte Gewalt in der Demokratie bezeichnet, die sensibler auf nationale Regierungen einwirken, als vierjährige Wahlen dazu in der Lage wären, damit diese sich für eine vernünftige Politik im Interesse der Kapitaleigner entscheiden, indem sie Löhne und Steuern senken, Lohnnebenkosten niedrig halten, die Gewerkschaften in Schach halten und möglichst wenig Umverteilung zulassen, und wenn Mitarbeiter von Großbanken und Industriekonzernen in den Finanz- Wirtschaftsministerien sowie im Kanzleramt ihre Büros einrichten und sich an der Vorbereitung der Gesetze, die sie betreffen, beteiligen, ist zu fürchten, dass die ökonomische Vernunft größeren Einfluss auf politische Entscheidungen gewinnt als die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

Die Zerfaserung des Sozialstaats zeigt sich auch in dessen Transformation zum Wettbewerbsstaat bzw. zum „Territoriumsunternehmer“. Dessen Aufgabe wird darin gesehen, die Bevölkerung für den internationalen Standortwettbewerb fit zu machen und selbst in anderen Ländern für die Auftragsvergabe an inländische Firmen und deren Waren zu werben.

1.5 Kein Ende der Arbeitsgesellschaft in Sicht

Die meisten Menschen in Deutschland leben unter ihren Verhältnissen. Neben materiellen Bedürfnissen in der unteren Einkommensschicht gibt es zahlreiche vitale Bedürfnisse, die unbefriedigt bleiben, etwa einen eigenen Lebensentwurf zu realisieren, ein eigenes Einkommen, eine eigenständige Alterssicherung zu erwerben, in gelingenden Partnerschaften, auch mit Kindern zu leben, in einer freundlichen Wohnumwelt und im Einklang mit der Natur, vor allem jedoch souverän über die eigene Zeit zu verfügen und sie ohne betrieblichen Druck als individuelle Freizeit, vor allem als gemeinsame Festzeit mit Freunden zu erleben. Außerdem bleiben eine Menge öffentlicher Aufgaben unerledigt. Vor allem jedoch wird die kostbarste Ressource, über die eine Arbeitsgesellschaft verfügt, nämlich das Arbeitsvermögen junger Menschen, das in Warteschleifen vor der betrieblichen Ausbildung oder dem Eintritt in das Berufsleben herumhängt, Tag um Tag mehr verschlissen. Deshalb ist die Steigerung der wirtschaftlichen Wertschöpfung durch mehr gesellschaftlich organisierte Arbeit die einzig angemessene Reaktion auf die Wachstumsschwäche und Unterbeschäftigung.

Zusätzliche Arbeitsplätze sind in reifen Industriegesellschaften nicht bloß von herkömmlichen Industrien und - in exportlastigen Wirtschaften - nicht bloß von höheren Exporten zu erwarten, sondern eher von einem ehrgeizigen ökologischen Umbau. Deutschland beispielsweise braucht keine Bahn, die sich durch Aufkäufe fremder Unternehmen zum Global Player aufschwingt. In Deutschland und in Europa könnte der Güterverkehr von der Straße weg auf die Schiene überführt werden. Allerdings müssten die geeigneten Schienennetze erst noch erstellt werden. Außerdem könnte die individuelle Mobilität des Privatautos mit dem öffentlichen

Schienen- und -fernverkehr gekoppelt werden. Formen der dezentralen und regenerativen Energiegewinnung und solche der Wärmegewinnung könnten die zentralen Versorgungssysteme ablösen. Vor allem jedoch liegt die Zukunft der Arbeit in der Arbeit an den Menschen. In den Sektoren der Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Kultur können kompetente und engagierte Personen beschäftigt werden, die eine Arbeit verrichten, die sinnvoll, gesichert, anerkannt und mit einem fairen Einkommen entlohnt wird. Die Kultivierung des Arbeitsvermögens von Lehrerinnen und Erziehern, von Physiotherapeuten und Ärztinnen hat wohl Vorrang vor der baulichen Sanierung von Schulen oder Krankenhäusern.

Da eine Mindestausstattung an solchen Gütern zu den Grundrechten gehört, wird deren Bereitstellung nicht ausschließlich der Privatwirtschaft überlassen bleiben. Vielmehr wird sich der Staat viel stärker engagieren und sich die dazu nötigen Finanzmittel beschaffen müssen.

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft hängt auch davon ab, dass die bisherige Fixierung auf die Erwerbsarbeit beendet wird. Eine solche Engführung ist krankhaft, wie sie sich in den derzeitigen Parolen: „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ oder: „Irgendeine Arbeit ist besser als keine!“ ausdrückt. Die Erwerbsarbeit bleibt zwar der erstrangige, aber nicht der einzige Schlüssel gesellschaftlicher Anerkennung, persönlicher Identität und wirtschaftlichen Wohlstands. Gesellschaftlich notwendig ist nämlich nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern ebenso die private Beziehungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement. Eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft schließt somit eine faire Verteilung von drei gesellschaftlichen Arbeitsformen und von drei Einkommensarten – Arbeits-, Kapital- und Transfereinkommen – auf die beiden Geschlechter der Männer und Frauen ein. Folglich sollte die öffentliche Debatte über die Vereinbarkeit von Berufsarbeit und Kindererziehung nicht ausschließlich an die Frauen adressiert bleiben. Je mehr Frauen ihr Recht auf Beteiligung an der Erwerbsarbeit einfordern, umso mehr sind Männer verpflichtet, sich an der privaten Haus- und Beziehungsarbeit zu beteiligen.

Obwohl die Gewichtung der gesellschaftlich organisierten Arbeit als erstrangiger Schlüssel wirtschaftlicher Einbindung und gesellschaftlicher Beteiligung durch jugendliche und erwachsene Erwerbspersonen nicht geringer geworden ist, nimmt das Interesse an der Bildung als dem erstrangigen Schlüssel der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu. Hat sich damit ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel vollzogen? Eine Antwort auf diese Frage soll im Folgenden versucht werden.

2 Die Bildungsrepublik - ein Bildungsregime mit bildungsfernen Optionen

Eine postmoderne Gesellschaft verfügt über plausible Argumente, sich von den Wahlkampfparolen der Arbeitsgesellschaft: „Arbeit, Arbeit, Arbeit!“ oder: „Hauptsache Arbeit!“ zu verabschieden. So finden sich zum einen in Parteiprogrammen und zum anderen in programmatischen Erklärungen über eine neue Gerechtigkeit, die Politiker zu Beginn dieses Jahrhunderts formuliert haben, aufschlussreiche Hinweise eines Paradigmenwechsels. Beispielsweise wurde in den sozial- und

arbeitsmarktpolitischen Reformen der rot-grünen Koalition unterstellt, dass unter den Langzeitarbeitslosen neben der Gruppe nicht Arbeitswilliger ein überdurchschnittlicher Anteil von nicht oder nur gering Qualifizierten zu finden sei. Im Umkehrschluss wurde – allerdings fälschlicherweise – gefolgert, dass diese Personen, indem sie sich schulen und weiterbilden lassen, einen Arbeitsplatz finden würden. Die neue Gerechtigkeit, die an die Stelle der Verteilungsgerechtigkeit treten solle, war die Chancengleichheit – und zwar zuerst im Zugang zur Bildung und dann erst im Zugang zu einem Arbeitsplatz. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung wurden in der Folgezeit als die entscheidenden Schlüssel der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben proklamiert. Wie fragwürdig diese Proklamation ist, will ich im Folgenden belegen. Ich will erläutern, dass das Ausrufen einer Bildungsrepublik von vier bildungsfernen Optionen begleitet ist.

2.1 Die analytische Option: Fragmentierung

Der Begriff der Bildungsrepublik ist vom Pathos der Wissensgesellschaft infiziert. Dieses Zauberwort des laufenden Jahrzehnts durchheilt mit elektronischer Geschwindigkeit die Gesellschaft, zeichnet ihre Denkschienen vor, erfasst Politiker und Medien und bildet den Brennpunkt des öffentlichen und privaten Lebens. „Wissen“ steht für die Rationalität der Moderne, die Erforschung der Gesetze, die in der natürlichen Umwelt und in der Gesellschaft gelten. Die Erkenntnis stützt sich auf Erfahrungen und Erlebnisse, die sich empirisch überprüfen lassen. Naturwissenschaft und Technik nehmen gegenüber den Geisteswissenschaften eine Spitzenstellung ein. Wissen wird zum vorrangigen Produktionsfaktor, der Wissensarbeiter zur Ikone moderner Unternehmen. Er gestaltet als „Arbeitskraftunternehmer“ autonom seine Arbeitsabläufe und Arbeitszeiten. Wissen ist ein öffentliches Gut. Durch die Streuung wird dessen Wert nicht gemindert. Keine Grenze der Rasse und des Geschlechts und keine Diktatur können das Wissen aufhalten. Die Welt wird zu einem globalen Dorf. Wissensgesellschaften sind egalitär. Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken erzeugen eine Revolution, die mit denjenigen vergleichbar ist, als die Sammler und Jäger sich an festen Orten niederließen und den Acker bebauten bzw. als Dampfmaschinen und Elektromotoren das Zeitalter der industriellen Produktion einleiteten.

Wissen ist jedoch extrem reduzierte Bildung. Das Sammeln, Sortieren und Bündeln von Informationen, das Speichern von Daten, selbst wenn sie einen mittelbaren Bezug zu den so genannten Tatsachen hätten, bleibt auf eine kognitive Dimension beschränkt. Instrumentelles Wissen blendet die Wissensziele und deren praktische Relevanz aus. Wissen als wirtschaftlich verwertbare Ressource, die dem Profitinteresse ausgeliefert und von Kaufkraft oder wirtschaftlicher Macht abhängig ist, wird dem Anspruch der Wahrheit jenseits von Raum und Zeit nicht gerecht. Analytisches Wissen kommt der menschlichen Neigung entgegen, komplexe Phänomene in überschaubare Einheiten zu zerlegen, handgreifliche Module zurecht zu schneiden und nach dem Baukastenprinzip zusammen zu fügen. Dabei ist das Ganze immer mehr als die Summe seiner Teile.

Durch die analytische Option, die derzeit Schulen und Hochschulen überfällt, wird nicht nur der Blick auf das Ganze sondern vor allem die Subjektbindung der Bildung ausgeblendet – und damit das charakteristische Merkmal eines Subjekts der Erkenntnis und des Begehrens, das sich vom Gegenstand distanzieren kann. Der gesunde Menschenverstand, das Urteilsvermögen des Subjekts, der gesunde Menschenverstand wägt ab und unterscheidet zwischen dem, was wichtig und unwichtig, was wahr und falsch, hilfreich und schädlich, recht und unrecht ist. Doch über die Rolle eines neutralen, unbeteiligten Beobachters hinaus ist das Erkennen und Urteilen in die Dimension des Erlebens und der Kommunikation eingebettet. „Man sieht nur mit dem Herzen gut“, meint Antoine de Saint-Exupéry. Ohne persönliche Anteilnahme und verbindliches Engagement würde das Wissen oberflächlich bleiben.

2.2 Die finanzkapitalistische Option: Shortismus

Den Abschied von einer langfristigen Unternehmensperspektive, die durch den Markterfolg, die Zufriedenheit der Kunden, das öffentliche Interesse und den Kompetenzgewinn der Belegschaft auf Grund von Erfahrung bestimmt ist, hat der Finanzkapitalismus erzwungen, seit er das Regime des „shareholder value“ als reine Finanzkennziffer und die Vierteljahresberichte etablierte. Dass die Aktienkurse die langfristigen Chancen und Risiken abbilden, hat sich als Legende entpuppt. Die subjektiven kurzfristigen Erwartungen an das schnelle Geld sind für die Geschäftspolitik entscheidungsrelevant geworden.

Die Kurzatmigkeit der spekulativen Finanzgeschäfte hat die Sphäre der Bildung an den Schulen und Hochschulen voll erfasst. Die Verkürzung der Ausbildungszeiten wird als Wert an sich betrachtet, ohne zu berücksichtigen, durch welche Auswahl und welchen Ausschluss von Bildungsinhalten eine solche Kürzung gerechtfertigt ist, und wie die Firmen auf das dadurch ausgelöste Mehrangebot an Arbeitskräften reagieren.

Ein punktuelles Vergleichsverfahren ergänzt die selektive Auswahl von Kennziffern. Die erstellte Rangordnung kann nur das aufnehmen, was durch Abstraktion elementar vergleichbar gemacht worden ist, selbst wenn verwertbares Material unkenntlich wird oder überhaupt verloren geht. Vergleiche können Neugier wecken, aber auch Vorurteile bestätigen. Dies geschieht, wenn beim Vergleichen übersehen wird, dass die Unähnlichkeit immer größer ist als die Ähnlichkeit. Wird dies außer Acht gelassen, folgen die Vergleiche einer Scheinlogik.

2.3 Die marktradikale, wirtschaftsliberale Option: Kommerzialisierung

Kommerzialisierung ist nicht mit Wirtschaftlichkeit identisch. Wirtschaftliches Handeln ist rationales Handeln, die Zuordnung knapper Mittel auf bestimmte Zwecke hin. Bei der Kommerzialisierung geht es um die Steuerungsform des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und der Preisbildung gemäß den Regeln von Angebot und Nachfrage. Es geht darum, diese Steuerungsform, die für einzelne Teile einer ausdifferenzierten

Gesellschaft sinnvoll ist, auf alle gesellschaftlichen Institutionen zu übertragen. Dies wäre ökonomischer Imperialismus.

Obwohl das blinde Vertrauen auf die heilsamen Wirkungen freier Märkte die Gesellschaft in eine beispiellos verheerende Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat, werden Schulen und Universitäten, als wäre nichts geschehen, weiterhin einer wechselseitigen Profilierung und Konkurrenz um Schüler und Studierende ausgesetzt. Sie sollen kaufkräftige Kunden gewinnen und gleichzeitig private Sponsoren locken. Sie sollen Drittmittel einwerben, die als quantitativer Erfolgsausweis Exzellenz vorgaukeln.

Das Wettbewerbsgefasel nach außen, das in allen öffentlichen Einrichtungen am Ende eine straffe Zentralisierung erzeugt, wird ergänzt durch betriebswirtschaftliche Steuerungsformen nach innen. Eine präzise Zurechnung zerlegter individueller Arbeitsabläufe und kollektiv erbrachter Resultate, die sich in den arbeitsteiligen Produktionsprozessen der Industrie bereits als undurchführbar erwiesen hat, soll Aufwand und Ertrag eindeutig messen und zuordnen sowie Kosten senken, indem diese auf unbeteiligte Dritte oder die Allgemeinheit abgewälzt werden. Anstelle behäbiger Ordinarien sollen dynamische Manager das Lehren und Lernen effizient bzw. rentabel machen.

2.4 Die Option des schlanken Staates: Privatisierung

Zu den Glaubenssätzen der marktradikalen Dogmatik gehört das Bekenntnis zum schlanken Staat als dem besten aller möglichen Staaten. Staatsversagen ist die erste Ursache einer jeden ökonomischen Krise. Sogar die aktuelle Finanzkrise wird dem Staat angelastet. So behauptet Klaus-Peter Müller, der frühere Chef der Commerzbank, dass die Banken zwar Fehler gemacht hätten, aber die eigentliche Ursache der Krise der Staat sei.

Die Legende von den privaten Unternehmen, die jene Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Mobilität, Kommunikation, Wasser- und Energieversorgung kostengünstiger, rentabler und bürgernäher anbieten werden, hat sich inzwischen als haltlos erwiesen. Auch die Erwartungen der Stadtkämmerer, sie könnten durch den Verkauf und das Rückmieten der Wasserwerke, U-Bahnen und Schulen ihre kommunalen Haushalte konsolidieren, sind inzwischen ausgebremst worden. Preissenkungen kamen nicht zustande, die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich verschlechtert, die Leistungen, die Kunden erwartet haben, wurden willkürlich gestrichen oder abgesenkt. Stattdessen haben sich prominente privatisierte Unternehmen zu Global Players aufgeschwungen, indem sie fremde Unternehmen in aller Welt aufkauften.

Die Erwartung, dass die Bürgergesellschaft den Sozialstaat entlasten oder gar ersetzen könnte, ist einer großen Enttäuschung gewichen. Aber die Bürgergesellschaft kann nicht als ein Adressat von Grundrechtsansprüchen in Anspruch genommen werden. Sie differenziert sich in unterschiedliche Milieus und

bildet den Klassencharakter der Gesellschaft ab. Ihre Leistungen werden nach freiem Ermessen gewährt.

Bildung ist keine Ware und kein Gut wie viele andere. Von mündigen Kunden auszugehen, wenn es sich um Kinder und Jugendliche handelt, ist marktradikaler Zynismus. Rationale Erwartungen voll informierter Wirtschaftssubjekte, die Aufwand und Ertrag ihrer Bildungsinvestitionen über einen größeren Zeitraum gegeneinander abwägen können, setzt Kompetenzen voraus, über die zu verfügen nicht einmal unter Bildungsexperten selbstverständlich ist. Ein Verhandeln auf gleicher Augenhöhe ist nur in seltenen Fällen möglich. In der Regel liegen bei der Nachfrage und beim Angebot von Bildungsgütern Informations- und Kompetenzasymmetrien vor, die durch ein Vertrauensverhältnis zwischen den Bildenden und sich Bildenden ein wenig überwunden werden können.

Bildung ist ein quasi-öffentliches Gut. Es kommt durch gesellschaftliche Vorleistungen zustande, die nicht dem gebildeten Individuum allein gehören, kein rein privates Gut, kein individuelles Privileg sind. Bildung verpflichtet zu Gegenleistungen, etwa sich nicht gegen die Beteiligung anderer an den zugleich erworbenen und vermittelten Bildungsgütern abzuriegeln, zur Streuung der Bildungsgüter über die Gesellschaft hinweg bereit zu sein und sich dem gesellschaftlichen Zugriff auf die eigenen Talente, die Voraussetzung und Ergebnis des Bildungsweges sind, nicht zu verweigern.

Bildung ist ein Grundrecht. Der Zugang zu einem Grundbestand an Bildungsgütern kann in einer demokratischen Gesellschaft nicht von der Kaufkraft, dem Vermögen, dem gesellschaftlichen Rang, Bildungsstand oder dem informellen Netzwerk der Eltern abhängig gemacht werden. Deshalb ist ein öffentliches, staatliches Engagement im Bildungssektor unverzichtbar.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die öffentliche Proklamation der Bildungsrepublik auf eine Kammertonlautstärke herunter gestellt. Die Kanzlerin wird nicht müde zu betonen, dass die gegenwärtige Krise auch eine Chance sei. Besteht die Chance etwa darin, die für die Bildung gegenproduktiven Regime der Fragmentierung, Kurzatmigkeit, Kommerzialisierung und Privatisierung umzubiegen? Kann vom Bildungssektor eine gesellschaftliche Unruhe ausgehen, die von den wirtschaftlichen und politischen Eliten nur erst mental beschworen wird? Kann diese Unruhe in eine außerparlamentarische politisch-soziale Gegenbewegung münden, die den so genannten Bologna-Prozess in den Kollaps treibt, ihn durch zivilen Ungehorsam unterläuft und eine Öffentlichkeit über dessen Widersprüche und Paradoxien herstellt? Es wäre zwar überraschend, aber dringend notwendig, dass bei einem bildungspolitischen Neustart die Gesellschaft auf die individuelle Kompetenz der Bildungsträger, die Professionalität des Bildungssystems und die pädagogische Sensibilität der Bildungseliten zurückgreifen könnte.